

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Sperrfrist: Redebeginn**

**Schlusswort der neu gewählten Präsidentin  
des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse  
bei der Hauptversammlung am 11. Juni 2015 in Dresden**

## **1. Asyl und weitere Herausforderungen**

Die Diskussionsrunde eben hat noch einmal sehr eindringlich gezeigt, wie sehr uns in den Städten das Thema Asyl unter den Nägeln brennt.

Und ich danke nochmals Herrn Schmidt vom BAMF und Herrn Alt von der Bundesagentur für Arbeit, das sie hier heute mit uns diskutiert haben.

Es ist in der Tat die größte akute Herausforderung, vor der wir in den Städten zur Zeit stehen, aber es ist beileibe nicht das einzige Thema auf unserer Agenda.

Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

- Der demografische Wandel mit all seinen Facetten von der Migration über die Integration bis zu den Herausforderungen der alternden Gesellschaft,
- die Energiewende und die Rolle unserer Stadtwerke,
- die Erneuerung und Weiterentwicklung der verkehrlichen, der technischen der Bildungs-, Kultur- und Sozialinfrastruktur mit innovativen und nachhaltigen Konzepten.
- Und schließlich die aktuellen Diskussionen zur Eingliederungshilfe, zur Entlastung von Sozialausgaben - generell zu Teilhabe- und Bildungsgerechtigkeit.

Es ist wichtig, dass wir bei all diesen Fragen gegenüber anderen staatlichen Ebenen deutlich machen, welche Bedeutung die Städte für eine gute Zukunft haben als Lebensraum, als Wirtschaftsstandort, als Ort der gelebten Demokratie und Ort, an dem sich Politik verwirklicht und empfunden wird. Deshalb müssen wir unseren Mitwirkungsanspruch gegenüber Bund und Ländern immer wieder zum Ausdruck bringen.

Daher begrüße ich es sehr, dass die Bundeskanzlerin ganz aktuell die Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zu einem Gespräch über die Asyl- und Flüchtlingspolitik eingeladen hat. Und so werde ich von hier aus unmittelbar nach Berlin fahren.

Es ist gut und auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung, dass bei diesem Thema jetzt endlich alle drei staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – an einem Tisch sitzen und dann hoffentlich auch an einem Strang ziehen.

## **2. Föderale Finanzstruktur – Die Garantenstellung der Länder für die Kommunen**

Natürlich würden wir uns dies auch bei anderen Themen wünschen, allen voran bei den Gesprächen über eine Neuordnung der föderalen Finanzarchitektur.

Ich verstehe durchaus das Argument, dass die Kommunen staatsrechtlich Teil der Länder sind und dass es deswegen die Aufgabe der Länder sei, neben ihren eigenen Interessen auch die Interessen der Kommunen gegenüber dem Bund zu vertreten.

Aber leider zeigt die Erfahrung – um es ganz vorsichtig und zurückhaltend auszudrücken -, dass dies eine Aufgabe ist, der die Länder nicht immer in dem Ausmaß nachkommen, wie es unserer Meinung nach wünschenswert und eigentlich auch notwendig wäre.

Wir agieren als Deutscher Städtetag auf der Ebene der Bundespolitik und wir adressieren unsere Hinweise, Vorschläge und Forderungen in erster Linie an die Bundesregierung und an die Fraktionen des Deutschen Bundestages.

Aber wir richten uns natürlich genauso an den Bundesrat, über den die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken.

Und ich finde, wir dürfen nicht aufhören, die Länder an ihre Verantwortung und an ihre Garantenstellung für die Kommunen zu erinnern.

Dieser Verantwortung werden die Länder leider nicht alle in gleichem Maße gerecht, und manche sind dazu auch nicht in der Lage, weil sie selbst hoch verschuldet sind.

## **3. Wachsendes Gefälle zwischen den Städten**

Die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Städte führt inzwischen zu einem wachsenden Gefälle zwischen den Städten und das ist eine Entwicklung, die uns Sorgen bereitet.

Nicht umsonst haben wir dieses Thema in den Mittelpunkt dieser Hauptversammlung gestellt.

Dieses wachsende Gefälle zwischen den Städten ist deshalb ein Problem, weil es à la longue die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland in Frage stellt.

Neben der bekannten besonderen Lage der Städte in Ostdeutschland gibt es mittlerweile vor allem in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland eine immer größere Zahl von Kommunen, die von einer Abwärtsspirale aus schlechter Wirtschaftslage, schwieriger Sozialstruktur, hohen Sozialausgaben und niedrigen Einnahmen sowie abnehmender Standortattraktivität und schlechter werdender Infrastruktur bedroht sind.

Unterschiede in der kommunalen Finanzsituation müssen ein Stück weit normal sein und sind einfach hinzunehmen. Sie sind vollkommen unproblematisch, solange sie nur zu unterschiedlichen „Komfort-

niveaus“ führen, die zum Beispiel in der Quadratmeterzahl der öffentlichen Parks, der Taktichte des ÖPNV oder der Länge der Wasserrutsche im Freibad zum Ausdruck kommen.

Schwierig wird es aber, wenn es überhaupt kein Freibad mehr gibt und – vor allem – wenn die Lebens- und Teilhabechancen der Menschen in den Städten stark unterschiedlich ausgeprägt sind.

#### **4. Entwicklungschancen für alle – Die Dresdner Erklärung**

Entwicklungschancen für die Städte sind Lebenschancen für die Menschen, die in ihnen leben.

Darum geht es auch in der Dresdner Erklärung.

Sie liegt ihnen zur Beschlussfassung vor. Ich möchte an dieser Stelle nur die wichtigsten Kernaussagen benennen:

- Wir wollen, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern so gestaltet werden, dass die Leistungsfähigkeit der Kommunen gestärkt wird.
- Wir wollen, dass die Kommunen nachhaltig von Sozialausgaben entlastet werden und
- dass sie wieder mehr investieren und Investitionsrückstände abbauen können.
- Wir wollen, dass alle Städte wieder in die Lage versetzt werden, ihre vielfältigen Aufgaben auch tatsächlich wahrzunehmen, denn das ist für die Lebenschancen der Menschen essentiell. Dazu gehören die Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben, gute Bildungschancen sowie hinreichende kulturelle und soziale Angebote vor Ort. Dazu gehört auch das wichtige Feld der Inklusion. Damit dies überall gelingen kann, brauchen wir
- eine Altschuldenregelung, die Perspektiven für einen Abbau von Altschulden schafft. Und schließlich
- eine zielgenaue Förderung strukturschwacher Kommunen und Regionen, eine zukunftssichere Verkehrsfinanzierung sowie eine Weiterentwicklung der Städtebauförderung.

Das wachsende Gefälle zwischen den Städten ist ein Problem, um das wir uns gemeinsam kümmern müssen.

Wir fordern dafür die Solidarität des Bundes und der Länder, aber wir müssen, wenn wir mit dieser Forderung durchdringen wollen, uns auch untereinander und gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden als Solidargemeinschaft beweisen.

Auf der Bundesebene gibt es deutliche Signale dafür, dass das wachsende Gefälle zwischen den Städten als Problem erkannt worden ist.

Das wird bei dem neuen Investitionsfonds deutlich, und das haben auch die Redebeiträge von Wolfgang Schäuble und Andrea Nahles gezeigt.

Noch liegen keine konkrete Lösungen für die komplexen Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen auf dem Tisch. Wir werden aber weiter daran arbeiten, und ich werde mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

Ich freue mich auf jeden Fall auf die Aufgabe, die vor mir liegt, und ich danke Ihnen für das Vertrauen, dass Sie mir mit auf den Weg gegeben haben.

## **5. Dresden**

Ich möchte die Versammlung nicht schließen, ohne mich bei der Stadt Dresden für die Gastfreundschaft zu bedanken, die wir hier genießen durften.

Dieser Dank richtet sich namentlich an Herrn Ersten Bürgermeister Hilbert, ich möchte in diesen Dank aber auch ganz ausdrücklich Helma Orosz mit einschließen, die ja ursprünglich die Einladung an uns ausgesprochen hatte.

Ich habe Frau Orosz vor allem im Präsidium des Deutschen Städtetages erlebt, und ich muss sagen: Ich bin sehr dankbar für ihre engagierte und kompetente Mitarbeit in unserem Verband.

In den letzten beiden Tagen durften wir Dresden erleben – diese wunderbare Stadt mit ihrer Eleganz und Schönheit, mit ihrem reichen historischen Erbe, mit ihrer lebendigen und vielfältigen Gegenwart. Dresden ist eine Stadt, in die man gerne wiederkommt.

Im Namen des Deutschen Städtetages sage ich ganz herzlichen Dank für die Gastfreundschaft.

Mein Dank gilt auch der Hauptgeschäftsstelle für Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Rückreise oder noch einen schönen restlichen Aufenthalt in Dresden.

Wir freuen uns, dass in zwei Jahren die nächste Hauptversammlung in Nürnberg stattfinden wird und wir dann bei Uli Maly zu Gast sein dürfen.